



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/98 - 27. 4. 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 083 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Das Ergebnis von London	S. 1
Theorie und Wirklichkeit/ Zur Absage Chruschtschows an Gaitskell	S. 3
Helmut Kalbitzer, MdB.: Wohin mit der deutschen Wirtschaftskraft?	S. 4
Der CDU-Parteitag in Stuttgart	S. 6
<u>Aus Globkes Tätigkeit im Kreissonderhilfsausschuss Aachen</u>	<u>S. 8</u>

## Ein Stück Entspannungspolitik

- Die deutsche Frage stagniert -

sp. Das Ergebnis der Londoner Gespräche zwischen den sowjetischen und britischen Staatsmannern ist in der Summe eine Konkretisierung des allgemeinen Entwicklungszuges zur Entspannung für den besonderen sowjetisch-britischen Bereich. Der Grundsatz, dass in der heutigen Zeit allein Verhandlungen Schwierigkeiten auch im Weltmaßstabe lösen können, ist erneut nachdrücklich unterstrichen worden.

Im einzelnen hat man Fortschritte dort erzielt, wo sie besonders dringlich waren, d.h. im Nahen Osten; dann auch in der Frage der Abrüstung; schliesslich bei der Regelung der britisch-russischen Handelsbeziehungen. Zwar handelt es sich auch in allen diesen Fragen nicht um feste Abmachungen, die nicht vorgesehen waren, sondern nur um eine Einigung auf bestimmte Richtlinien, die zu konkreten Ergebnissen führen sollen. Aber auch das ist wichtig genug.

Vom besonderen deutschen Interesse her ist es natürlich sehr bedauerlich, dass über die Frage der deutschen Einheit in der offiziellen Verlautbarung sich nur ein einziger, indirekter Hinweis findet: Beide Mächte seien davon überzeugt, dass Frieden und Sicherheit in Europa für den Weltfrieden entscheidend wichtig sind. Dann heisst es aber: "Eine Verständigung über den einschlagenden Weg zur Erreichung dieses Zieles kam jedoch nicht zustande." Diese Feststellung

schiebt die deutsche Frage tatsächlich wieder einmal zunächst beiseite. So bitter dies vom deutschen Standpunkt aus ist, so unrealistisch wäre es, darin das Hauptergebnis von London zu sehen. Denn schon vor dem Beginn der Gespräche war jedem ernstern Beurteiler der internationalen Verhältnisse klar, dass die deutsche Frage in diesen Gesprächen höchstens am äußersten Rande der eigentlichen Themenkreise behandelt werden würde.

Die Londoner Regierung hat diesen Mangel offenbar peinlich empfunden. Sie hat deshalb eine besondere Erklärung dazu ausgegeben, in der sie neuerlich ein Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung ablegt. Der Schlusssatz lautet: "Tatsächlich haben wir uns mit den Pariser Verträgen von 1954 zur Verfolgung dieses Zieles feierlich verpflichtet." Diese Feststellung vermindert aber gerade den Wert der Deklaration erheblich. Denn sie enthält einen offenkundigen Widerspruch insofern, als gerade durch die Pariser Verträge die Erreichung des proklamierten Zieles, zu dem die Verträge die Unterzeichner verpflichten, fast bis zur Unmöglichkeit behindert wird. Es stellt sich immer unabweisbarer heraus, dass die Annahme dieser Verträge der entscheidende Schritt gegen die Möglichkeit oder auch nur den ernstesten Versuch, zu einer baldigen Wiedervereinigung zu kommen, gewesen ist.

Diese Tatsache war auch der Ausgangspunkt für die Bemerkung Chruschtschows von der Möglichkeit direkter Gespräche zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Woran er dabei im einzelnen gedacht hat, lässt sich schwer sagen. Vielleicht wollte er damit nur einen kleinen Zeitkinder legen, um den Westen in ständiger Unruhe über eine solche Möglichkeit zu halten. Dazu bestünde freilich kein Anlass, denn solche Verhandlungen oder Informationsgespräche würden von westdeutscher Seite nicht ohne ständige Fühlungnahme mit dem Westen geführt werden. Aber die Sendung Chruschtschows zeigt, wie stark die russische Position auch in dieser Hinsicht inzwischen geworden ist.

Fasst man zusammen, so kann man vielleicht sagen, dass London doch ein Stück praktischer Entspannungspolitik brachte. Andererseits sind die Aussichten für die deutsche Frage gewiss nicht besser geworden, was nach der internationalen Situation, in der der Besuch stattfand, auch nicht zu erwarten war. Aber wir sind in diesem Punkt auch nicht hinter den Stand vor dem Beginn dieser britisch-russischen Begegnung zurückgeworfen worden.

Kain und Abel in London

H.P. Als die Delegierten des Büros der Internationale am 7. April in London auseinandergingen konnten sie nicht ahnen, dass die von ihnen gefasste Resolution über das Verhältnis von Sozialdemokraten zu Kommunisten so schnell in ihrer Richtigkeit bestätigt werden würde. Das Liebeswerben der Kommunisten um die Sozialdemokraten hatte durch die Rede Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der KpdSU einen erneuten Auftrieb erhalten. Dort hatte er sich in bewegten Worten über die Zersplitterung der Arbeiterklasse beklagt. Wörtlich sagte er:

"Ausserordentliche Bedeutung erlangt das Problem der Einheit der Arbeiterklasse, ihrer Gewerkschaftsverbände, der Aktions-einheit ihrer politischen Parteien: der Kommunisten, der Sozialisten und der anderen Arbeiterparteien."

Von dieser These ausgehend hatten auch die Satellitenstaaten und die kommunistischen Parteien in den anderen Ländern begonnen, erneut um die Gunst der Sozialdemokraten zu werben. Schliesslich seien doch Kommunisten und Sozialdemokraten Brüder in der Familie der Arbeiterbewegung, die immerhin fast 50 Jahre lang vereint zusammengelebt haben. Dabei vergessen die Kommunisten immer, dass auch Kain und Abel Brüder waren, was den einen nicht daran hinderte, seinen Bruder zu erschlagen. Das Misstrauen des anderen ist daher nicht nur gerechtfertigt, sondern erfordert sogar höchste Wachsamkeit vor allem nach den Erfahrungen der letzten Jahre. Genau das hat die Londoner Resolution der Internationale zum Ausdruck gebracht als sie erklärte:

"Aber wo immer sozialistische Parteien in den von den Russen beherrschten Teilen der Welt mit ihnen zusammengearbeitet haben, wurde ihre Existenz vernichtet, wurden sie zur Verschmelzung gezwungen, oder sonst ausgegrenzt durch die rücksichtslosen Methoden einer Diktatur, die sich wie zum Hohn "Volksdemokratie" nennt.

Wir können auch nicht vergessen, dass den Sozialisten in den Ländern des Sowjetblocks alle politischen Rechte verweigert werden und dass dort noch viele Sozialisten im Kerker schmachten, deren einziges Verbrechen darin bestand, an mehr als einen Weg zum Sozialismus zu glauben."

Es war daher ein völlig legitimes Anliegen, wenn der Führer der Labour Party, Hugh Gaitskell, unterstützt von anderen Verbandsmitgliedern, die Gelegenheit benützte, Bulganin und Chruschtschow auf einem von der Labour Party für die russischen Gäste gegebenen Empfang um die Freilassung noch eingekerkelter Sozialisten zu ersuchen. Diese

Berechtigung hätte u.a. auch deshalb auf ein gewisses positives Echo rechnen können, da in den letzten Wochen die führenden Organe der Satellitenstaaten öffentlich zugegeben haben, dass Tausende von Sozialdemokraten und anderen nicht-Stalinisten unschuldig verurteilt wurden. Man bedient sich dabei eines Ausweges, der in diesen Ländern nicht ungerne Gehör findet, nämlich, dass die Schuld an all diesen misslichen Umständen auf das Konto des "imperialistischen Agenten Beria" zu schreiben ist.

Wenn daher Chruschtschow in seiner abrupten Antwort auf die Bitte der Labour Party sagte, dass er keinen Einfluss auf die Handlungen der Satellitenstaaten habe, so steht dies in krassen Widerspruch zu den Änderungen, die dort seit und wegen dem 20. Kongress in Moskau vor sich gehen.

Die sozialistischen Parteien werden nicht aufhören, die Kommunisten in allen Ländern an das Schicksal ihrer unschuldig verhafteten Freunde zu erinnern. Die Glaubwürdigkeit kommunistischer Verbeugungen vor der Sozialdemokratie wurde durch die Haltung Chruschtschows nicht gerade bestärkt.

\* \* \*

#### Furcht vor deutscher Wirtschaftshegemonie

von Helmut Kalbitzer, MdB.

Wenn die Deutschen eine Stunde später aufstünden und eine Stunde länger Mittagspause machten, besagt eine französische Anekdote, bräuchten die Franzosen keine Angst vor den Deutschen zu haben.

In englischen Exportkreisen sind immer wieder Befürchtungen vor unserer übermächtigen Konkurrenz ausgedrückt worden. Und die englische Zustimmung zur Wiederaufrüstung ist von der Überlegung mitbestimmt, dass deutsche Rüstung unsere Exportkraft schwächt. Chruschtschow sprach auf dem 20. Parteitag in Moskau davon, dass die Balkanländer einst deutsche Domänen gewesen sind und jetzt zur Sicherheit im Ostpakt mit der Sowjetunion beitragen.

In der Tat, schon das geteilte Deutschland ist ein mächtiger Wirtschaftsfaktor. Das wiedervereinigte hätte 70 Millionen Menschen, 25 Millionen t Stahl jährlich und die technisch fähigste Industrie. Damit wäre Deutschland die drittgrösste Wirtschaftsmacht der Welt - 5 -

und die natürliche Vormacht Europas. Diese Tatsache macht unsere Nachbarn gruseln angesichts der jüngsten deutschen Geschichte. Uns mag diese Position schmeicheln - oder auch Angst vor der eigenen Courage einflößen. Tatsache ist, dass diese Position unsere Nachbarn in Ost und West nicht ermuntert, die deutsche Wiedervereinigung mit mehr Wohlwollen anzusehen.

Die Furcht vor der deutschen Wirtschaftsvollmacht ist nicht weniger stark als vor einer deutschen Aufrüstung. Sie ist bisher nur nicht so offen ausgesprochen - und sie wird nicht leicht zu zerstreuen sein. Ja, in dem Masse, wie die Hoffnung wächst, dass die Weltabrüstung - und das heisst für Deutschland die Nichtaufrüstung - Tatsache wird, drängt sich die andere Befürchtung in den Vordergrund.

Auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit liegen mehrere Programme vor, um mit dem deutschen Dilemma fertig zu werden. Erst plante man die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, jetzt ist es die Eingliederung Westdeutschlands (auf dem Umweg über die Westeuropäische Union) in den Atlantikpakt, und der sogenannten DDR in den Warschauer Pakt, die jede deutsche Rüstung unter Kontrolle halten sollen. Als Alternative besteht das sozialdemokratische Konzept, das wiedervereinigte Deutschland in einen kollektiven europäischen Sicherheitspakt mit Kontrollfunktionen einzugliedern.

Die deutsche Wirtschaftshegemonie wollte man 1945 durch den Morgenthau-Plan ein für allemal beseitigen. Dann kam die Politik der Demontagen und die Gründung der Montanunion. Alles das hat nicht ausgereicht. Jetzt steht man der weiteren Entwicklung konzeptionslos gegenüber und lässt die heimlichen Befürchtungen als Gift in den Becher der Wiedervereinigung träufeln.

Was tun? Unserer wirtschaftlichen Entwicklung in den Arm fallen kann man nicht; denn das hiesse uns zur Armut verurteilen und würde unsere Nachbarn so treffen wie uns. Die deutsche Leistungsfähigkeit durch Rüstungsprogramm zu erschöpfen, hiesse der Teufel mit Belzebub auszutreiben. Also muss man die deutsche Wirtschaftskraft kanalisieren, um die Armut der Welt zu bekämpfen.

Internationale Verhandlungen, die sich mit der Sicherheit Europas und deutscher Wiedervereinigung befassen, müssen auch die Frage der befürchteten deutschen Wirtschaftshegemonie aufgreifen. Lösungsvorschläge könnten der deutschen Zustimmung sicher sein, wenn sie unsere Wiedervereinigung einschließen. Es mag voreilig erscheinen, diesen Punkt von deutscher Seite aufzubringen, und damit die Debatte um die Wiedervereinigung zu erschweren. Aber es wäre unrealistisch, ihn weiterhin zu übersehen.

Militärischer Paukenschlag

E.E. Stuttgart

Der Auftakt des Stuttgarter Parteitages der CDU war ein militärischer Paukenschlag, zu dessen Inszenierung der Kanzler sogar die Bundestagsabgeordneten der CSU auf den Killesberg beordert hatte. Die CDU/CSU-Fraktion stimmte einmütig, wie das Kommuniqué erklärte, mit zwei Enthaltungen, wie Blank sagte den 500.000 Bundeswehr auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht zu, wie das eine angebliche NATO-Verpflichtung befiehlt, über die allerdings noch immer keine klare Auskunft zu erhalten war. Die von Blank zitierte "Fairness" gegenüber den Weststaaten kann jedenfalls ebenso wenig als Vertragsersatz gewertet werden wie die überraschende Behauptung des CDU- Abg. Prof. Furler, dass die Bundesrepublik nach der "Parität" eigentlich verpflichtet wäre, 700.000 Soldaten aufzustellen.

"Die Pantoffeln des Diktators"

Die erstaunliche Tatsache, dass Adenauer diese die CDU festlegende Vorentscheidung in einer Fraktions-Sondersitzung am Vorabend des offiziellen Parteitags-Beginns vornehmen liess und damit den Parteitag selbst in dieser so wichtigen Frage einfach ausschaltete, machte die Prophezeiung über die Art, wie der "Alte" auch in Stuttgart zu regieren gedenkt, zur Sicherheit. Geradezu symbolhaft musste es daher wirken, dass der Parteitag am Freitagmorgen mit der "Jupitersymphonie" eingeleitet wurde und dass im Durchgang zum Plenarsitzungssaal riesige Plakate mit den Schlagzeilen "Die Pantoffeln des Diktators" hängen. Dass es sich dabei um die Ankündigung für ein Schauspiel der moralischen Aufrüstung handelte, liess die Gesichter der vorbeigehenden CDU-Delegierten nicht weniger betroffen erscheinen.

Dieser Stuttgarter Parteitag wird daher wieder ein Parteitag Konrad Adenauers sein. Alle Ansätze, die Führung der CDU tatsächlich und nicht nur formal - diese Formalität dürfte sichtbar werden - auch auf andere Schultern zu verteilen, werden Ansätze bleiben, die von der Zürcher "Tat" soeben erst ausgesprochene Ansicht, dass der "Alte" das Heft auch nicht teilweise aus der Hand zu geben gedenkt, ist Allgemeinüberzeugung. Auch die Kronprinzenfrage wird daher nicht gelöst werden. Das kühne Wort des "Rheinischen Merkur" von einer CDU "mit oder ohne

Adenauer" ändert an dieser Situation gar nichts.

Gibt es noch sozialen Gestaltungswillen?

Die CDU, die "den Pulverdampf der kommenden Bundestagswahlschlacht wittert", will sich in Stuttgart einen "brain trust" schaffen, der diesen Wahlkampf organisieren soll. Sie geht aber in diese Entscheidungsschlacht mit dem Wissen, wie das katholische Führungsorgan "Echo der Zeit" sagte, dass sich das "Wahlwunder" von 1953 nicht mehr wiederholen wird. Was also in Stuttgart geschieht, das geschieht insgesamt unter dem lähmenden Druck dieser Erkenntnis, und was immer gesagt wird, das soll der Kanzler-Anhängern Mut machen. Daher also der Versuch, in aller Breite darzulegen, dass man jetzt und von nun an das seit 1949 Verstumte nachholen will, wobei man beflissen die Sozialreform in den Mittelpunkt schiebt. Aber das ist ja eben die Frage, die von dem Jakob-Kaiser-Blatt "Soziale Ordnung" gestellt worden ist: ob nämlich in dieser CDU überhaupt noch genug sozialer Gestaltungswillen lebendig ist. Und diese Frage hat - zugleich wohl auch für die anderen Aufgabengebiete - schon das "Echo der Zeit" beantwortet, als es erklärte, dass die CDU "saturiert, schwerfällig und hochmütig" geworden ist.

Hochmütige CDU

Wie hochmütig die Kanzler-Partei auch gegenüber ihrer eigenen Anhängern geworden ist, das erhellt allein schon aus der Tatsache, dass auf dem Stuttgarter Parteitag für die Generalaussprache vor der Vorsitzendenwahl, die am Samstagabend mit der neuerlichen Schilderhebung Adenauer stattfindet wird, nach der Tagesordnung maximal gerade eine Stunde Zeit zur Verfügung steht. Vorher sind noch rasch die Satzungsänderungen zu beschliessen, die eine straffe Zentralisierung der CDU vorsehen. Die Wetten stehen also in Stuttgart zehn zu eins, dass von nun an die "Pantoffeln des Diktators" für die CDU noch drückender werden dürften, als sie es vorher schon gewesen sind.

\* \* \*

\*

- 8 -

Verfolger richtet über Verfolgte

sp. Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden in der britischen Zone Ausschüsse eingesetzt, deren Aufgabe es war, zu prüfen, wer aus politischen Gründen oder aus Gründen der Religionsfeindschaft oder des Rassenwahns verfolgt worden war und als Verfolgter anerkannt werden musste und Hilfe zu beantragen hatte. Ausgerechnet der Kommentator des Nürnberger Unrechts, Herr Globke, hatte keine Scheu, sich in den Jahren 1948/49 zum Mitglied eines solchen Kreis-sonderhilfsausschusses für den Stadtkreis Aachen machen zu lassen. Es ist schlimmer als eine Ironie der Geschichte, dass gerade der Kommentator der Nürnberger Verfolgungsgesetze nunmehr seinerseits darüber entscheiden wollte, ob jemand verfolgt worden war.

Unter seiner Mitwirkung sind dann auch eine Reihe von Verweigerungen der Hilfeleistung ausgesprochen worden, die sich als unberechtigt herausstellten. Beispielsweise bekam Leo Andre von Globke am 9.6.1949 einen ablehnenden Bescheid, während die Berufungskammer später Andres Rechte anerkannte. Wilhelm Housch wurde von Globke am 25. April 1949 abgelehnt, während die Berufungskammer ihn am 27. März 1950 als Verfolgten anerkannte. Laurenz Offermann wurde von Globke am 27. Mai 1949 abgewiesen, während die Berufungskammer ihn am 27.3. 1950 als anspruchsberechtigten Verfolgten bestätigte.

In der Zenker-Debatte sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedensburg, wer sich in die Nähe des Aasgeruches begeben, an dem bleibe der Aasgeruch haften.

\* \* \*

Ein unselig beschätteter Ehrenmann

"Wuchert nicht 'Gewesenes' allzu üppig in der dicken, lauen Luft der Bonner Bucht? Man braucht nur an die Figur des mächtigen Staatssekretärs im Bundeskanzleramt zu denken. Die Problematik des Urständ feiernden Gewesenen liegt ja gerade darin, dass Herr Globke nicht ein schlichter Lump ist, sondern ein unselig beschätteter Ehrenmann."

(Martin Hartlaub in Nr. 90 der "Stuttgarter Zeitung" vom 18. April 1956 S. 3)

Verantwortlich: Peter Raunau